

Beschluss des Landrats vom 30.01.2020

Nr. 340

13. Fragestunde der Landratssitzung vom 30. Januar 2020 2020/1; Protokoll: mf

1. Yves Krebs: Benennung Personalamt

Keine Zusatzfragen.

2. Christine Frey: Herzstück Basel – Bedarf und Realisierung

Keine Zusatzfragen.

3. Rolf Blatter: Bekämpfung von Neophyten?

Rolf Blatter (FDP) ist von der Qualität der Antworten enttäuscht. Auf Frage 2, welche Firmen beauftragt worden seien, wird auf den [Jahresbericht 2018](#) verwiesen. Er bittet darum, die Fragen fachgerecht zu beantworten.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) verweist auf die Vorlage zum Thema Neophyten. Zudem ist es zumutbar, ein öffentlich aufgeschaltetes Dokument einzusehen. Die Fragen können damit beantwortet werden. Es braucht dazu nicht die Fragestunde.

4. Christine Frey: Verdachtsbussen in Basel-Stadt: Sind auch Baselbieter Gewerbetreibende betroffen?

Andreas Dürr (FDP) hat eine Zusatzfrage, die thematisch insofern passt, als er den Verdacht hegt, dass sich Regierungsrätin Kathrin Schweizer heute Mittag im Landratssaal politisch zu bundesrätlichen Vorlagen geäußert hat: *Ist das mit dem Regierungsrat abgesprochen? Ist es üblich, dass Regierungsrätinnen oder Regierungsräte politische Statements zur Bundespolitik abgeben? Äussert sich der Kanton Basel-Landschaft allenfalls über die Regierungsrätin zur bundesrechtlichen Mieterinitiative und zum Diskriminierungsverbot?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) hält fest, es sei mit der Gesamtregierung nicht abgesprochen worden, dass sie sich zu einer nationalen Abstimmung äussere. Jedoch sollte es möglich sein, sich als Regierungsrätin und auch als Privatperson so zu exponieren.

Bálint Csontos (Grüne) fragt den Landratspräsidenten in Form einer Zusatzfrage: *Ist es verfahrensmässig üblich und zulässig, völlig sachfremde Fragen an eine Frage der Fragestunde anzuhängen?*

Antwort: Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) antwortet, es sei nicht üblich und gehöre nur im weitesten Sinne zu diesem Fragenkomplex. Es liegt im Ermessen des Regierungsrats, etwas dazu zu sagen.

5. Peter Hartmann: Familienergänzende Kinderbetreuung in den Baselbieter Gemeinden: Weshalb fehlen die Angaben von rund 50% der Gemeinden im Übersichtsformular des Kantons?

Peter Hartmann (Grüne) weist darauf hin, dass drei Jahre nach Inkrafttreten des FEB-Gesetzes die Hälfte der Gemeinden der Meldepflicht bezüglich dem Bedarf an familienergänzender Kinderbetreuung noch nicht nachgekommen sei. Für die betroffene Bevölkerung besteht null Transpa-

renz. Der Fragesteller stellt deshalb folgende Zusatzfrage: *Wie gedenkt der Regierungsrat, säumige Gemeinden dazu zu bringen, dass sie ihre gesetzliche Pflicht erfüllen und die Zahlen liefern?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, das FEB-Gesetz lege nicht fest, wann die Gemeinden ihrer Pflicht nachkommen müssen. Die Erhebung erfolgt periodisch und die Gemeinden sind in ihrer Methode frei. Dies wurde bei Frage 1 so beantwortet. Bei der Beantwortung von Frage 3 hiess es, dass im laufendem Jahr diesbezüglich nachgefragt werde. Grundsätzlich kann sich jeder Einwohner und jede Einwohnerin anlässlich der Gemeindeversammlung in seiner/ihrer Gemeinde nach dem Stand der Dinge erkundigen. Der Regierungsrat hat keine Handhabe, diese einzufordern. Das Gesetz ist offen formuliert worden.

6. Roman Brunner: Empfehlungen für Aktivdispens

Keine Zusatzfragen.

7. Regina Werthmüller: Fach Hauswirtschaft Sek I im Wandel

Keine Zusatzfragen.

8. Lucia Mikeler Knaack: Lohnkontrollen bei Unternehmen

Keine Zusatzfragen.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
